

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Herausgeber: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postgeschäftsamt Dresden Nr. 2486. — Stadtgirolokontor Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 20 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluß 90 Pf. Erhöhung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Hopfenplanten auf den Staatsforstrevieren.

Berantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 249

Dresden, Sonnabend, 24. Oktober

1925

Reichsregierungs-Krise?

Deutschnationalen Ablehnung. Austritt aus der Regierung?

Berlin, 23. Oktober.

Wie das Nachrichtenbüro des B. D. Z. mitteilt, haben nach einer Sitz über den ganzen Tag hingehenden Beratung der Parteidienst und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei mit erdrückender Mehrheit folgende Entschließung gefaßt:

In Fortführung der von der deutschnationalen Reichstagfraktion bereits ergangenen Initiative erklärten der Parteidienst und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei: Das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar.

Graf Westarp kündigte zum Schluß der Sitzung an, daß er die deutschnationalen Reichstagfraktion auf Sonntag vormittag berufe, um nach diesem Beschuß über die erforderlichen Schritte der Fraktion zu beraten.

Wie das Nachrichtenbüro des B. D. Z. zu diesem Beschuß erklärt, liegt der Sinn des Beschlusses darin, daß Reichsminister Schiele die Konsequenz seines Auszitirts aus dem Kabinett wird ziehen müssen. Von den beiden anderen, den Deutschnationalen zugerechnenden, aber als Reichsmitglieder des Reichstags der Fraktion nicht angehörenden Ministern v. Schleiden und Renhaus hat sich jener schon vor einigen Tagen in dem Sinne geäußert, daß er aus der Stellungnahme der Fraktion die Konsequenzen ziehen werde. Von Minister Renhaus ist eine Willensmeinung noch nicht bekannt geworden.

Die "maßgebende Entscheidung".

Berlin, 23. Oktober.

W. Z. B. erzählt von dem Vortrag der Reichstagfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, daß die maßgebende Entscheidung über diese Frage von der Bezeichnung der deutschnationalen Reichstagfraktion abhängt, die erst am Sonntag nachmittags zusammentritt. Alle vor dieser Entscheidung an die heutige Entscheidung geknüpften Schlüssefolgerungen entbehren somit der tatsächlichen Grundlage.

Die Aussöhnung der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 23. Oktober.

Von maßgebender volksparteilicher Seite erhält W. Z. B., daß die durch den Beschuß der deutschnationalen Delegiertenversammlung geschaffene Lage nicht als endgültig angesieht. Die Deutsche Volkspartei habe das Vertrauen zu den Deutschnationalen, daß sie bei der endgültigen Stellung zu der Angelegenheit sich der Folgen auf außen- und innenpolitischen Gebiet bewußt sein würden. Die Deutsche Volkspartei könne danach nur annehmen, daß sich die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition und auf dieser Grundlage die weitere Verfolgung der mit der Note vom 20. Juli befehlten klaren außenpolitischen Linie werde ermöglichen lassen.

Die Berliner Presse zu dem Beschuß.

Zum Beschuß des Parteidienstes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei bemüht die

"Deutsche Tageszeitung", daß durch den Beschuß reelle Sicherheit geschaffen werden sei. Vergleich der Folgen des Beschlusses legt das Blatt, es scheine sehr gut denken, daß das Reichskabinett den Beschuß nur als eine Rücksichtnahme für weitere Verhandlungen mit der Enthente befreuen werde, die sich nunmehr darüber klar sein müsse, daß sie

die von Deutschland angebotenen Opfer mit wirklich entsprechenden Gegenleistungen ausgleichen müsse. Der deutschnationalen Bezeichnung brauche also durchaus nicht ohne weiteres Anlaß zu einer Regierungskrisis zu sein.

Die "Tägliche Rundschau" schreibt: Durch den Beschuß sind die deutschnationalen Mitglieder des Reichskabinetts, die sich auf den Boden der Verträge von Locarno gestellt hatten, vollkommen davon abgeworfen worden. Wenn die Deutschnationalen bei ihrem Beschuß verhalten sollten, das Werk von Locarno zu zerstören, so müßten für alles, was folgen möge, die Deutschnationalen die volle Verantwortung tragen. Es hande sich hier gar nicht

allein um das Werk von Locarno, sondern um die gesamte Arbeit des Reichskabinetts während der vergangenen zehn Monate.

Die "Germania"

schrifft: Nahezu wiegt sich der Reichskanzler Dr. Luther bemüht, dem deutschnationalen Beschuß die Spur abzutrennen, um das Ergebnis von Locarno und sein Kabinett zu retten. Wenn ihm das gelingen sollte, dann gewiß nur durch Spaltung der Deutschnationalen.

Die "Sächsische Zeitung"

hält für den Fall, daß die Deutschnationalen wirklich aus der Regierung ausscheiden, es für unmöglich, daß dieser Reichstag den

Vertrag von Locarno verabschiede. Dann werde sich die Reichsregierung entschließen müssen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen.

Auch

der "Vorwärts" betont, daß eine innerpolitische Krise nur durch Befragung des Volkes zu lösen sein werde.

Information der Fraktionsvorsitzenden in Bayern.

München, 23. Oktober.

Für morgen, Sonnabend, hat der bayerische Ministerpräsident die Fraktionsvorsitzenden eines bayrischen Landtages zu einer Aussprache und zu Mitteilungen über Locarno und über die jüngste Beratung des Ministerpräsidenten in Berlin zu sich geladen.

Chamberlain vor der britischen Presse.

London, 23. Oktober.

Beim Empfang von Vertretern der britischen und der Presse der Dominions erklärte Chamberlain: Die Verträge von Locarno sind des Ausbruch einer militärischen Entschlossenheit zum Frieden. Diejenige Nation, die den in Locarno geschlossenen Frieden stört, wird den Fluch der ganzen Welt auf sich ziehen. Dies ist das erste Abkommen, das allen in Betracht kommenden die größte Sicherheit gibt und alle Feinde versöhnt, ohne alte Freundschaften zu beeinträchtigen. Locarno hat einen wahren Beitrag zum Weltfrieden geleistet. Die britische Regierung beabsichtigt, ebenso wie die übrigen dort vertreten gewesenen Regierungen, für die Abkommen voll einzustehen. Chamberlain erklärte dann auf Anfrage:

- Der Vertrag bindet ein Dominion, außer wenn es sich freiwillig dazu verpflichtet.
- Der vorher verringerte Angst und Furcht die Durchführung der Abrüstung. Diese müssen befürchtet werden.
- Europa verfügt keineswegs Rußland. Dieses hält sich selbst fern.
- Die Regelung der östlichen Fragen war viel leichter, als ich erwartet hatte.
- Es besteht keine Frage über einen Mandatsschsel. Wenn einer erforderlich wird, ist Deutschland für ein Mandat, wie jedes andere Land wählbar.

Auf die Frage, ob es nicht besser wäre, den Gebrauch des Wortes "Allierte" fallen zu lassen, antwortete Chamberlain: Ich bin gegen jedes Wort, das eine Spaltung Europas in Gruppen bedeutet. Wir wollen den Gedanken los werden, daß zwei Völker, weil sie Freunde sind, notwendigerweise gegen ein anderes Volk komplott schmieden müssen. Die gesamte Grundlage unserer Verbündung mit Deutschland ist die unerschütterliche Freundschaft zwischen Frankreich und uns.

Die Deutsche Reichsbahn im September.

Berlin, 23. Oktober.

Von der Verwaltung der Reichsbahn wird u. a. mitgeteilt: Im September ist der Güterverkehr der Reichsbahn nach den gestellten Wagenzahl gestiegen. Im Durchschnitt wurden arbeitsmäßig etwa 5000 Wagen mehr als im Vorjahr gestellt. Die Gründe dafür sind in erster Linie auf den zunehmenden Enterverkehr sowie auf den gestiegerten Versand von Kohlen, Düngemitteln, Kartoffeln und Baukosten zurückzuführen. Auch ist es gelungen, infolge mannigfacher Verbesserungen im Güterbeförderungsdienst den Verkehr von Autos wieder für die Reichsbahn zurückgewinnen. Dagegen sind in letzter Zeit bedeutende Gütermengen, die bisher auf der Bahn befördert wurden, auf die Binnenschiffstrassen abgewandert. Für den Kohlenversand wurden 27000 Wagen mehr gestellt, als im Vorjahr, darunter 9000 im Ruhrgebiet. Im

August betrugen die Einnahmen 41695000 Mark und die Ausgaben 487111000 M., darunter 90840000 M. für den Dienst für Reparationszahlungsverschreibungen. Der Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen in Höhe von 21157000 M. musste aus den Rückstellungen der Vermontane geleistet werden. Auf den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen ist zu schließen, daß auch im Monat September die Gesamtwirtschaft der Reichsbahn den Erwartungen entspricht.

Ausdruck Schaumburg-Lippes zu Preußen?

Büdberg, 23. Oktober.
Unter dem Vorstoß des Staatsrats Steinbrecher fanden hier Besprechungen zwischen der Schaumburg-Lippischen Landesregierung und einem vom Landesrat bestoßenen dazu gewählten Ausschuß mit einem vom preußischen Ministerium des Innern entsandten Regierungskommissar über die Frage des Anschlusses von Schaumburg-Lippe an Preußen statt. Die Aussprache ergab Einmütigkeit darin, daß die Verhandlungen mit Preußen weitergeführt und die Ergebnisse in allerhöchster Zeit dem Landtag vorgelegt werden sollen, der zugleich über die Frage der weiteren formellen Verhandlung der Angelegenheit entscheiden wird.

Angriffe gegen den Minister Hirschfeder.

Berlin, 23. Oktober.
In der heutigen Sitzung des preußischen Landtags hat der deutschkatholische Landtagsabgeordnete Giesecke die Angriffe gegen den preußischen Minister Hirschfeder, die er schon vor wenigen Tagen im Landtag erhoben hatte und die vom Minister sofort einbezug als völlig halslos und aus der Lust geprägt, zurückgewiesen worden waren, erneut vorgebracht und an den Minister die Aufforderung gerichtet, die gegen ihn Giesecke gerichteten Beleidigungen außerhalb des Hauses zu wiederholen.

Im amtlichen Preußischen Presseblatt stellt der Minister für Volkswohlfahrt hier fest: Sämtliche Behauptungen Gieseckes über das Verhalten Hirschfegers in Wien sind von mir als unzutreffend. Oberregierungsrat Peters vom preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt, der den Minister auf seiner Seite begleitet hat und ständig an seiner Seite war, bestätigt, daß nicht das Verteilte geschehen sei, was auch mit einer Silbe der Anschuldigungen Gieseckes als irgendwie gerechtfertigt erscheinen lassen könnte. Außerdem ist am 23. Oktober morgens maßgeblich vom Vorstand des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Deutschland eine Schrift eingetroffen, in dem die Empörung über die halslosen Anschuldigungen zum Ausdruck gebracht wird. Wenn Giesecke schließlich den Minister erzielt, seine Beleidigungen gegen ihn außerhalb des Hauses zu wiederholen, so muß demgegenüber berichtet werden, daß die beleidigenden Behauptungen von Giesecke ausgängen sind und daher dieser die Pflicht hat, seine Rechte außerhalb des Hauses ohne den Schutz der Immunität zu wiederholen, damit dem Minister die Möglichkeit gegeben werde, die Angelegenheit durch ein Strafverfahren restlos zu klären.

Kunst und Wissenschaft.

Moderne Porzellan- und Majolikoplastik.

Bei Gustav Gerstenberger in Chemnitz sah ich jüngst eine sehr umfangreiche Ausstellung von neuen Arbeiten der Porzellan- und Majolikoplastik. Es war eine mit großem Geschick und hohem künstlerischen Geschmack arrangierte Sache, die zweitieri charaktervoll zum Ausdruck brachte; erstaunt, daß die künstlerischen Möglichkeiten der keramischen Plastik weit größer sind, als man gemeinhin glauben mag, und zweitens, daß eine gute Porzellan- oder Majolikoplastik sehr wohl an die Stelle einer Steinplastik Arbeit aus Bronze oder Marmor zu treten vermag.

Wir sind durch den Krieg ein armes Volk geworden und haben nur geringe Mittel für Kulturaufgaben zur Verfügung; auch persönlich. Wer kann heute noch daran denken, sein Hand mit Werkzeug der Bildhauer zu schmücken, die aus edlen Materialien hergestellt werden? Sie es könnten, tun es nicht; der neue Realismus ist in diesem Sinne in eminentem Maße kulturschwach.

Was ist denn gut, daß die Kunst im Porzellan, in der Fayence und Majolika über plastische Mittel gebietet, die bei allen Materialähnlichkeit so wohltuend sind, daß der Kunstreisende, auch wenn er nur geringe Mittel zur Verfügung hat, höchstwertige künstlerische Arbeiten für sich gewinnen kann. Das wissen und bedenken heute auch die Bildhauer selbst; es gibt kaum einen unter ihnen, der nicht bereit wäre, sein Können in den Dienst der keramischen Plastik zu stellen.

Die Ausstellung bei Gerstenberger erfreut sich künstlerisch etwa über einen Zeitraum von 15 Jahren, d. h. die frühesten Arbeiten liegen zurück bis etwa 1910. Hierzu gehört ein Brautzug von Adolf Umburg, der in der Berliner

Die Wirkungen des Sicherheitspaktes.

Die Räumung der Kölner Zone.

London, 24. Oktober.

Neuter meldet aus Köln: Die britische Armee hat den Befehl erhalten, sobald wie möglich nach Wiesbaden abzurücken.

Berlin, 23. Oktober.

Am Freitag ist in Paris eine Antwort der Reichsregierung auf die am 3. Juni in Berlin ausgehändigte Entwaffnungsnote der Hochschafterkonferenz überreicht worden. Der Inhalt dieser Note entspricht den mündlichen Vereinbarungen, die am Tage vor dem Abschluß der Konferenz von Locarno von Chamberlain, Briand und Vandervelde mit Luther und Stresemann getroffen wurden. In ihr wird festgestellt, daß Deutschland dem größten Teil der 101 Entwaffnungsforderungen bereits entsprochen hat oder in den nächsten Tagen in Anwesenheit von Vertretern der Kontrollkommission entsprechen wird.

Zugleich verweist die Reichsregierung darauf, wie es ebenfalls in Locarno vereinbart wurde, daß bestimmte Forderungen eine Regelung noch nicht erfahren haben, da mit der Kontrollkommission eine Einigung bisher nicht möglich war. Es handelt sich hier hauptsächlich um Stellungnahmen, die im Gegensatz zu den sorgfältig erfüllten technischen Forderungen mehr politischer Natur sind. In Übereinstimmung mit den alliierten Außenministern sollen diese Punkte einer späteren Beratung vorbehalten bleiben. Sie bilden also für die Räumung Kölns kein Hindernis mehr. Es wird jetzt erwartet, daß die alliierten Mächte durch die Hochschafterkonferenz spätestens im Verlaufe der nächsten 14 Tage von den deutschen Feststellungen Kenntnis nehmen und ihren Entschluß zur Räumung Kölns mitteilen, nachdem die wesentlichen Vereinbarungen hierzu erfüllt sind.

Die Räumung der Kölner Zone dürfte dann unmittelbar nach der Übermittlung der alliierten Antwort auf die deutsche Note erfolgen. Die technischen Vorbereitungen zu einer schnellen Räumung werden in den Ministerien der englischen und französischen Regierung bereits getroffen, so daß wahrscheinlich mit der Antwort an die deutsche Regierung gleichzeitig an die Besatzungsgruppen der Befehl zum Abmarsch gegeben werden kann. Man nimmt an, daß sich dieser Abtransport innerhalb acht Tagen vollziehen wird, so daß die Räumung der Kölner Zone bis zum 20. November als endgültig vollzogen schaute. Eine Umgruppierung der Truppen, d. h. ihre Verlegung in die Koblenzer bzw. Mainzer Zone kommt entsprechend den mündlichen Vereinbarungen von Locarno nicht in Frage.

In diesem Zusammenhang scheint es angebracht, nochmals darauf zu verweisen, daß dem Reichslandrat und dem Reichsausßenminister in Locarno bindende Erklärungen über die Wirkung des „Vertrages von Locarno“ auf die Zustände im Rheinland nicht gegeben worden sind. Die alliierte Presse hat also vollkommen recht, wenn sie von losen Abmachungen spricht.

Manufaktur hergestellt worden ist, stilistisch noch durchaus der älteren Zeit der Porzellansplastik zugehörig. Auch die älteren Arbeiten Paul Scherichs für die Weizener Manufaktur, Louis Faillons („Amor“, „Hercules mit Eber“) für die Berliner Manufaktur und Bernhard Hoetgers („Viert“, „Hoffnung“, „Rosse“) gehören hierher. Und in den Schwarzbürgern Werkstätten bildeten um etwa jene Zeit die beiden Schwarzbürgers Bildhauer H. Meissel und Arthur Storch großes Tiere, die an die Arbeiten des großen Meißner Plastikers des 18. Jahrhunderts Johann Joachim Kaendler erinnern. Ebenfalls für die Schwarzbürgers Werkstätten und weiter für die ältere Porzellanmanufaktur entworfene vor nun etwa fünf Jahren Thielig zwei Kandelaber, „Walter“ und „Heuer“ dargestellt, die in ihren Formen und Ausmaßen an den „Brunnen“ erinnern, den dieser Künstler für die „Erste Jahresausstellung Deutscher Arbeit Dresden 1922“ geschaffen hat.

Die Plastik der Weizener Staatlichen Porzellanmanufaktur ist in den letzten Jahren fruchtbar durch Max Esser beeinflußt worden, der sich zunächst, als er nach Weiz kam, der alten Überlieferung („Reineke Fuchs“) anschloß, aber dann, als er sich sicherer dem ungewohnten Material gegenüber wurde, doch zu seiner individuellen Formgebung zurückkehrte und nur ganz streng und sichtbar in der Linie („Affe“, „Elefant“) geworden ist. Als letzter Schüler des großen verstorbenen Tierplastikers August Gaul hat er eine Anzahl von Modellen dieses Meisters („Seelöwe“, „Junges Löwe“) in Porzellan ausführen lassen und weiter hat er auch neue Arbeiten Ernst Barlachs („Schlafende Bauern“, „Mägder Mann“ [Goli-Baier], „Rusische Bettler“) und Otto Richard Danglers („Liegende“) mit nach Weiz gebracht. Auch Paul Börner liefert vor Weizener Manufaktur witzungsvolle Modelle; in dieser Ausstellung war er mit zwei Baden und einem Kopf vertreten.

Weiter haben übrigens Luther und Stresemann in ihren Erklärungen vor den Delegationen aus dem Rheinland und dem Auswärtigen Ausschuss nie behauptet, und da der Vorwurf der Deutschen gegen die deutsche Delegation sich zu einem Teil darauf gründet, daß Luther und Stresemann das Ergebnis der mündlichen Besprechungen nicht vertragsmäßig festgelegt mitgetragen haben, ist es mehr als verwunderlich, wie sich die deutsch-nationale Presse über Behauptungen ihrer standespolitischen Gesinnungsgenossen aufregen kann, deren Inhalt allgemein aber richtig ist. Die außerhalb des Rahmens der Konferenz liegenden Vereinbarungen sind von den Ministern der alliierten Mächte unter der Sicherung gegeben worden, daß sie auf ihre Regierungen entsprechend einwirken werden. Die bevorstehende Räumung von Köln dürfte nicht nur zeigen, daß Briand, Chamberlain und Vandervelde ihre Worte gehalten, sondern auch ihren Ernst auf ihre Regierungen geltend gemacht haben.

Einstellung der polnischen Opiantenausweisungen.

Berlin, 23. Oktober.

Der polnische Außenminister hat bereits in Locarno in Privatgesprächen und auch gegenüber dem Reichsaußenminister betont, daß der Vertrag von Locarno auf die deutsch-polnischen Beziehungen Rückwirkungen haben darf. Man hat diese Erklärung dahin ausgelegt, daß die Opiantenausweise eine für beide Teile befriedigende Lösung erfahren und auch in dem wirtschaftlichen Verhältnis eine Änderung eintreten würde. Im vertrauten Kreise hat Strzyński selbst ähnliche Angaben gemacht, zu denen er offenbar heute noch in vollem Umfang steht. Wir nehmen das an, nachdem er am Freitag dem deutschen Gesandten in Warschau im Namen seiner Regierung mitgeteilt hat, daß Polen die nach dem Wiener Abkommen am 1. November in Frage kommenden weiteren Opiantenausweiseungen nicht durchführen wird. Der polnische Außenminister begründete diese Schwenzung mit der durch die Ereignisse in Locarno herbeigeführten Spannung der europäischen Situation.

* * *

Warschau, 24. Oktober.
Die Poln. Tel.-Agentur verbreitet folgende amtliche Mitteilung: Die polnische Regierung hat beschlossen, mit der Zeit vom 1. November 1925 die Zwangsausweisungen deutscher Opianten anzuhalten, die entsprechend den Bestimmungen der Wiener Konvention, längstens bis zum 1. August bzw. 1. November ihres Wohnsitz von Polen nach Deutschland verlegen müssen.

Die Personen werden, was ihr Auslandsrecht in Polen betrifft, bis zur weiteren Entscheidung der Regierung auf gleicher Höhe mit den anderen deutschen Staatsbürgern behandelt werden.

Dem nationaldemokratischen Parteiorgan zufolge intervenieren die nationaldemokratischen Abgeordneten beim Außenminister wegen des Vertrages auf die Opiantenausweiseungen. Beide Minister versicherten, daß von einem grundsätzlichen Vergessen auf die

für Polen aus dem Wiener Abkommen sich erreichende Rechte nicht die Rede sein könne. Es sei nur ein Umstand eingetreten, der es ratsam erscheinen lasse, vorläufig vor der Durchführung der Zwangsausweisungen abzusehen.

Heeresverminderung in Belgien.

Brüssel, 23. Oktober.

Der Einfluß von Locarno macht sich in Belgien bereits praktisch fühlbar. Der Oberste Rat der Volksverteidigung beriet diese Woche wiederholt über Vorstoß des Kriegsministers, General Leclerc, über mögliche Ersparnisse im Heere. Der Oberste Rat ist entschlossen, nämlich die Kavallerie wesentlich einzuschränken. Ferner sollen sechs Infanterieregimenter abgeschafft und dadurch das belgische Heer von vier Armeekorps auf drei herabgesetzt werden. Außerdem soll die Dienstzeit bei der Infanterie abgekürzt werden. Ein Teil des Obersten Rates ist für die Herabsetzung der Dienstzeit auf zehn Monate, ein anderer Teil auf acht Monate.

Die Geweckmorde.

Berlin, 23. Oktober.

Ein ehemaliger Offizier, der für kurze Zeit Dienst in der „Schwarzen Reichswehr“ getan hat, überschreibt der „Wossischen Zeitung“ eine Schilderung von der unangreifbaren Stellung, die der Putschistenführer Oberleutnant Schulz im Stab des Wehrkreiskommandos III eingenommen hatte. Der Offizier war Ende 1922 als sogennanter „Kreisleiter“ in die Reichswehr mit dem Titel „Kompanieführer“ eingestellt worden. In jüngerer Zeit schwört er jedoch Verdacht gegen den sogenannten „Adjutanten“ des Putschistenmajors Bücheler, den berüchtigten Schulz, und zwar deshalb, weil dieser eine höchst eigenartige Anweisung zur „Requisition“ von Vieh und Lebensmitteln für die schwarze Reichswehr ausgegeben habe.

Als Ziel der Organisation war dem betreffenden Offizier auf seine Anfrage mitgeteilt worden, daß man in kürzerer Zeit nach Berlin überreiche, um die Regierung zu fürchten und den Minister Sebening umzubringen.

Er lernte Schulz als einen brutalen, rücksichtslosen Menschen kennen, der mit seiner Todfeindschaft gegen die Republik prahlte und vor seiner Wutdatat unzuschrechend schien. Trotzdem jeder, der nicht mit Oberleutnant Schulz durch die Zügel ging, mit Erziehung bedroht war. In der Gewährsmann der „Wossischen Zeitung“ am 19. Oktober 1922 zum Wehrkreiskommando III nach Berlin und warnte den Leiter der Waffenfabrik am Wasserwerk über die Fragen der schwarzen Reichswehr eindeutig vor dem Putschistenkapitän Schulz. Ihm wurde kurz und bündig die Antwort erteilt:

„Schulz ist uns als vollkommen einwandfrei und zuverlässig bekannt. Er handelt nur in voller Übereinstimmung mit dem Reichsaußenminister.“ Auch die Witte des betreffenden Offiziers, unverzüglich eine Kontrolle über die Tätigkeit des Oberleutnants Schulz anzustellen und in seine finstren Machenschaften hineinzuleuchten, wurde mit den Worten abgelehnt:

„Es liegt kein Grund zu legendewichen Begegnissen vor.“ Wie sehr diese Deckung dem Massenmördert Schulz zur Erledigung seiner Opfer zu dienen kam, beweist am besten der Fall Panier und

Die Berliner Staatliche Porzellanmanufaktur besitzt in Hermann Hubalsch einen Künstler, der zwar die Überlieferung nicht vergibt, die ja auch für Berlin in bestimmtem Sinne besteht, aber dennoch moderner Formengebung nachgeht. Eine „Aphrodite“, die ich von ihm sah, ist ein Werk, in dem modernes plastisches Gefühl sich wundervoll mit dem Stile der älteren Porzellansplastik vermählt. Für die Berliner Manufaktur arbeitet neuerdings auch Georg Kolbe. Das Werk von ihm, das bei Gerstenberger zu sehen war, eine Engelsfigur, verleiht allerdings seine Formkunst als Porzellansplastik nicht; aber neue Arbeiten, die er direkt für Porzellan modelliert hat, werden wohl auch bei ihm, wie bei Eber, besser den Stil treffen, der für die keramische Plastik erforderlich ist, wenn die Weichheit der plastischen Linien gewahrt bleiben soll, die das Charakteristikum des keramischen Materials ist.

Doch auch der Expressionismus sich die plastisch so bewegliche Natur des Porzellans, der Fayence und der Majolika zu nützen versucht, sei nebenbei erwähnt, und es darf hierbei auch zugesehen werden, daß Künstler wie Milly Sieger und Gerhard Schliepstein, vor allem aber die künstlerischen Mitarbeiter der Wiener Werkstätte (Susi Singer, Wagnleitner, Wieselthier), der Werkstätte Berlin-Borsig (Antonie Mutter) und der Hessischen Keramik-Manufaktur (Willi Häßig) für ihre Arbeiten aus dem Material herausgeholt haben, was immer aus ihm herauszuholen ist. Wehe als epische Bedeutung aber hat die expressionistische Porzellan- und Majolikabildnerei natürlich nicht; mit dem Abstrauen der expressionistischen Bewegung in den bildenden Künsten im allgemeinen verschwindet auch die expressionistische Plastik in der Keramik wieder.

Mittelalterliche Musik im Gewerbehause. Das zweite Sinfoniekonzert des Dresdner Volkssäubhne (G. V.) zeigte Edward Martík als genauen Kenner altfranzösischer Musik, besonders bei dem Concerto grossso von Corelli (mit drei konzertierenden Streichergruppen) und bei der Transkription von Locatelli. Beide Werke leiste der Dirigent vom Flügel aus. Das Brahms-Volksquartett (München), das schon lange nicht im Volkssaal (Brahms-Auditorium) aufgetreten

zu dem Abkommen wurden heute durch den schwedischen Außenminister und den deutschen Gesandten ausgetauscht.

Bertrauensvotum für Gräfsl.

Warschau, 23. Oktober.

Der polnische Landtag lehnte den von der radikalen Bauernpartei eingebrachten Mietrauensvotum gegen Gräfsl mit 182 gegen 153 Stimmen ab. Auch die Anträge auf Abschaffung des Sanierungsgesetzes von der weiteren Beratung und Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung wurden mit den Stimmen der großen Parteien abgelehnt.

Der bulgarisch-französische Handelsvertrag.

Paris, 23. Oktober.

Wie der Korrespondent des "Tempo" in Sofia berichtet, ist zwischen dem bulgarischen Außenminister und dem französischen Gesandten in Sofia ein Handelsabkommen unterzeichnet worden, in dem Frankreich auf weitere fünf Jahre die Reisebegünstigungsklausel zugestanden wird, die es sich auf Grund des Vertrags von Neuilly bis zum 9. August 1925 gesichert hatte. Frankreich seinerseits gehebt den bulgarischen Produkten seine Mindestzolltarife zu.

Gaillau's Sanierungspläne.

Paris, 23. Oktober.

Zur Diskussion der Gaillau'schen Finanzpläne in dem heute vormittag abgehaltenen Kabinettssitz berichtet Haras u. a.: Finanzminister Gaillau habe in groben Linien seine Pläne auseinandergesetzt. Er gesteht, sie in der kommenden Woche in der Kammer einzubringen. Man verachtet, daß die von Gaillau ausgearbeiteten Entwürfe eine Verminderung der Lasten dank einer sehr durchgreifenden Amortisierung vorsehen werden. Es sei eine Zusatzsteuer auf die Sonderabgaben, die besonders für die großen Einkommen und für das tätige Kapital in Frage kommen, geplant. An Gaillau's Exposé habe sich ein längerer Meinungsaustausch gehäuft. Die Pläne werden am kommenden Montag einem neuen Kabinettssitz vorgelegt werden und die endgültige Entscheidung werde im Verlauf eines Ministerats, das am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten stattfinden soll, fallen. "Tempo" will wissen, daß ein Mitglied des Kabinetts heute vormittag ausdrücklich erklärt habe, die Negierung werde am kommenden Donnerstag in der alten Zusammenziehung vor der Kammer erscheinen.

Französischer Kabinettssitz.

Paris, 23. Oktober.

In dem heute vormittag stattgehabten Kabinettssitz seien der Ministerpräsident Briand und Außenminister Briand die gegenwärtige Lage in Marokko und Syrien auseinander, wie sie sich nach den jüngsten Nachrichten darstellt. Der Finanzminister Gaillau wohne dem Kabinettssitz bei. Außerdem begann die Aussprache über die Finanzlage, die im dem am Montag stattfindenden Kabinettssitz fortgesetzt werden soll. Danach wird sich am Montag vormittag ein Ministerrat anschließen.

Paris, 24. Oktober.

Nach dem "Matin" hat der geistige Kabinettssitz einen dramatischen Verlauf genommen. Gaillau sprach sich im Allgemeinen über seine Finanzpläne aus, worauf der Justizminister de Monzie sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß sechs Monate, nachdem Gaillau Finanzminister geworden sei, er nicht einmal ein umfassendes Programm ausgearbeitet habe. Gaillau erwiderte lebhaft. Aber die Mehrheit der Anwesenden war zufriedehaltend. Gaillau stellte dann die Ausarbeitung der endgültigen Gesetzentwürfe in Aussicht. Man legte ihm auch nahe, zurückzutreten, damit ein anderer Finanzminister die Finanzierung durchführen könne. Gaillau soll aber geantwortet haben, er werde das Finanzministerium nur auf Grund einer Abstimmung im Parlament verlassen. Gegen den Gedanken des Rücktritts des ganzen Kabinetts habe Briand erklärt, daß es nicht angängig sei, denn der Außenminister müsse vor der Kammer unverzüglich die Prüfung der Abkommen von Locarno fordern, deren Ratifizierung sobald wie möglich erfolgen sollte, was durch eine Kabinettssitzung hinausgeschoben würde. Schließlich habe man sich für eine Vertagung auf den Kabinettssitz am kommenden Montag entschieden.

Besprechung Briands mit Lord Crewe.

Paris, 24. Oktober.

Wie der "Petit Parisien" berichtet, hat der Außenminister Briand gestern mit dem englischen Botschafter Lord Crewe die von Deutschland der Tarifkonferenz überreichte Note über die Entwaffnung besprochen und sich mit ihm auch über den griechisch-bulgarischen Grenzschluß unterhalten.

Russischer Besuch in Paris.

Paris, 23. Oktober.

Die Sowjetbotschaft in Paris lädt durch havas mitteilen, daß derstellvertretende Botschaftsminister für den Außenhandel Tschumkin, von Moskau kommend, hier eingetroffen ist. Der Zweck dieser Reise ist, den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Sowjetrußland zu beleben.

Der Dolchstoß-Prozeß.

München, 23. Oktober.

Fregattenkapitän a. D. Hinckmann aus Bremen, der dem Flottenstab zuletzt als Leiter der Operationsabteilung angehört hatte, machte eingehende Befandungen über den im Oktober 1918 geplanten Flottenvorstoß nach dem Kanal, der so vorbereitet gewesen sei, daß das Unternehmen höchst glücklich hätte durchgeführt werden können. Der Versuch, die Flotte zum Auslaufen zu bringen, scheiterte daran, daß auf zwei Schiffen die Mannschaft den Gehorsam verweigerte. Ein wesentliches Moment lag in der Einstellung der U. S. S. und des Spartakusbundes, unter allen Umständen mit dem Kriegszustand ein Ende zu machen. Auch die Lage, daß in England und Frankreich eine ähnliche revolutionäre Bewegung im Gange sei, spielt eine entscheidende Rolle.

Kontreadmiral a. D. v. Levetzow

gab in längeren Ausführungen ein Bild der Entwicklung der Lage zur See im letzten Jahre des Krieges und des Verlustes eines Vorstoßes nach dem englischen Kanal. Der Aussfordeung zur Einstellung des Unterseebootkrieges vor dem Waffenstillstand habe sich Admiral Scheer gebaut, aber gebeten, den Unterseebootkrieg als Druckmittel für die Waffenstillstandsverhandlungen im Auge zu behalten. Die Marine brauchte keinen Waffenstillstand. General Ludendorff teilte ihm im September 1918 mit, der Generalfeldmarschall und er seien zum Schluß gekommen, daß die baldige Einstellung von Friedensverhandlungen sehr erwünscht sei. Als Scheer eine Erklärung verlangte, betonte Ludendorff, daß auch er die Durchführung des Unterseebootkrieges durch Unterseeboote zu geben, erklärte aber sofort, daß nunmehr die Hochseeflotte zur Operation eingesetzt werden müsse.

Reichskanzler Prinz Max von Baden habe dann gegen diesen Beschuß schärfer Wider-

spruch erhoben.

Der Zeuge schilderte dann die Vorgänge in der Kabinettssitzung in der Nacht auf den 26. Oktober, in der sich Hindenburg, Ludendorff und Scheer gegen die Unterwerfung unter Wilsons Bedingungen in der letzten Note wandten, wobei bekanntlich Ludendorff seinen Abschied am nächsten Tage erbat und auch erhielt. Schließlich äußerte sich der Zeuge auch über

den geplanten letzten großen Vorstoß der deutschen Flotte

in den Kanal und seine Verhinderung. Telegrafisch gab darüber der Flottenchef am 2. November folgendes an: Es handelt sich um eine bolschewistische Bewegung, die von Mitgliedern der U. S. S. an Bord der Schiffe geleitet wird. Die Zentrale scheint im Wilhelmshaven zu sein. Bereits am 3. November griff die Bewegung auf Kiel über. Von 7. November ab befanden sich die Marinegarde und sämtlicher Küstenländer an der Nord- und Ostsee sowie das Gros der schwimmenden Streitkräfte in den Händen der roten Soldaten. Schließlich äußerte sich der Zeuge noch über die Eindrücke, die er

am 9. November bei der Abdankung des Kaisers

empfangen habe. Der Kaiser habe damals den auftretenden Herren erklärt, Prinz Max von Baden habe bereits vormittags ohne sein Wissen und seine Erniedrigung seine Abdankung proklamiert und mit den Worten geschlossen: So bin ich von meinem Reichskanzler bestimmt worden. Von einer Abfahrt nach Holland bei dieser Besprechung nicht die Rede gewesen. Dieser Plan sei erst am Abend von Hindenburg und von Hindenburg durchgedacht worden.

Adm. Hirschberg kündigte die Wiederholung seines schon vor Monaten gefestigten Antrages an,

den Prinzen Max von Baden und v. Bayreuth als Zeugen zu laden.

Bei verschiedenen von der Verteidigung an den Zeugen Levetzow gerichteten Fragen kam es zu einer Kontroverse, da der Zeuge die Befreiung der Kaiser nicht in seinem Arbeitsgebiet gehörten. Auf die Frage des Sachverständigen Levetzow, ob die Absicht des Einstandes der Hochseeflotte, daß die Absicht des Einstandes der Hochseeflotte sowohl dem Kaiser, wie auch dem Reichskanzler mitgeteilt worden sei.

Damaskus unterwirft sich.

Paris, 23. Oktober.

Die Stadtvertretung von Damaskus hat nach englischen Meldungen folgende französischen Bedingungen angenommen: 1. Entziehung einer Schadenerhöhung in Höhe von 40 000 türkischen Pfund; 2. Einführung der Kriegsgerichte während 15 Jahren und 3. Auslieferung von 50 000 Gewehren. Die durch die Beschiebung der Stadt verursachten Schäden sollen sehr groß sein. Viele Gebäude seien in Brand gesetzten worden, darunter der Bahnhof von Meidan und ein Teil des Palastes Kjm. Rund 1000 Menschen seien getötet oder verwundet worden. 400 französische Soldaten, zum größten Teil Algerier, sollen gefangen worden sein. Die Verbindung zwischen Damaskus und Dera sei unterbrochen. Das Mindeste französischer Verstärkungen in Höhe von 10 000 Mann wird für nächste Woche erwartet.

Der Krieg in Marokko.

Besetzung spanischer Streitkräfte.

Paris, 23. Oktober.

Havasnachrichten aus Melilla besagen: Die spanischen Streitkräfte im Frontabschnitt von Alhucemas haben gestern einen Vorstoß durchgeführt, um die Verbindung mit dem Dschebel Mansur und den Nahdher nördlich des Dschebel Palomas herzustellen. Dadurch wird die Wasserversorgung

und die von ihm vertretene Partei gewandt. Keinesfalls würde die Rede sein von einer Unterwerfung unter die Note Wilsons. Admiral Scheer betonte, daß die Marine keinen Waffenstillstand benötige. Eine Einstellung des Unterseebootkrieges vor dem Waffenstillstand müsse ausgeschlossen bleiben.

Der Zeuge schilderte sodann die

Rabbinerstiftung vom 19. Oktober

vormittags, in der sich Botschafter Bayer sowie der Staatssekretär Gröber und Erzberger entschieden gegen eine Einstellung des Unterseebootkrieges vor dem Waffenstillstand.

Der Zeuge schilderte sodann die

Regattaplatz a. D. Scheibe

aus Berlin, erster Offizier des Schlachtkreuzers "v. d. Tann", zuletzt Chef der Presseabteilung der Obersten Seetriegsleitung, äußerte sich über die

Behandlung und Verpflegung der

Mannschaften, die einwandfrei gewesen sei,

und betonte, die revolutionäre Bewegung sei

seit bis ins einzelne von der U. S. S. organisiert

und in die Mannschaften und das Heer hineingetragen worden. Der lebte Zeuge des heutigen Verhandlungstages, Kommandant des Kreuzers "Schlesien"

Der nächste Zeuge

Regattaplatz a. D. Scheibe aus Berlin, erster Offizier des Schlachtkreuzers "v. d. Tann", zuletzt Chef der Presseabteilung der Obersten Seetriegsleitung, äußerte sich über die Behandlung und Verpflegung der Mannschaften, die einwandfrei gewesen sei, und betonte, die revolutionäre Bewegung sei seit bis ins einzelne von der U. S. S. organisiert und in die Mannschaften und das Heer hineingetragen worden. Der lebte Zeuge des heutigen Verhandlungstages, Kommandant des Kreuzers "Schlesien"

d. Waldeyer

schilderte die Vorgänge an Bord seines Schiffes und betonte u. a., daß auch hier Geschütze von revolutionären Vorgängen bei der englischen Flotte die Mannschaften beteiligt waren.

Darauf wurde die Weiterverhandlung auf Montag vertagt. Zur Vernehmung kamen dann die von der verklagten Partei geholten Zeugen, unter ihnen eine Reihe führender Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Partei.

* * *

München, 23. Oktober. Der S. P. D.-Dienst schreibt zu der Vernehmung des Konteradmirals v. Levetzow u. a.:

Es hatte zunächst den Anschein, daß seine Vernehmung recht kurz sein würde, da der Zeuge selbst erklärte, der von ihm im ersten Dolchstoß abgedruckten Denkschrift nichts Wesentliches hinzufügen zu können. Durch das Drängen des Vorsitzenden ließ er sich jedoch herbei, die 17 Seiten seiner Denkschrift in den "Süddeutschen Monatsheften" anzuhaltende Worte für Wort vorzulesen und dazu überall dort, wo er es auf politischen Gründen für vorteilhaft hielt, lärmende und schimpfende Einfaltungen kräftig hinzutun, jedoch seine "Vernehmung", d. h. seine Philippa gegen das Kriegskabinett des Kanzlers Prinz Max von Baden, schließlich drei volle Stunden in Anspruch nahm. Wie oft er auch seinen Kasernenhof bis zum Gebrüll neigte, wie oft er auch mit beiden Fäusten in die Luft und auf den Tisch trommelte, wie rüde und überheblich er sich wiederholte gegen den Prinzen Max von Baden, gegen Herrn v. Bayreuth und andere aushieb — nicht ein einziges Mal unterbrach ihn der Vorsitzende.

Abgesehen davon, daß es nicht statthaft ist, daß ein Zeuge seine Aussage größtmöglich wörtlich aus einer gedruckten Zeitsschrift abliest, so entbehrt es jedenfalls vollständig jedens Zusammenhangs mit dem Prozeßstoff, wenn dieser Admiral in einer langen Rondodemeter zu seiner Denkschrift eine leidenschaftliche persönliche Verleidigungsszene auf Ludendorff hiebt und ihm als "einem gewaltigen Menschen, einer Titanenkraft" in Vergleich steht zu den "jammerhaften und kläglichen" Gestalten des Kriegskabinetts Prinz Max von Baden. Was kümmerte diesen Militäristen reinste Waffens die zwiespältige Haftdeurhaltung Ludendorffs vom 29. September bis 1. Oktober 1918, als dieser von der Reichsregierung die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen verlangte, während er ihm gegenüber nur den Wunsch nach baldigen Verhandlungen aussprach!

Einige kurze Fragen des Verteidigers Dr. Hirschberg lehnte der Zeuge in Feldwebelstexten ab zu beantworten. Begreiflich, denn diese Fragen waren ihm außerordentlich unbekannt, so vor allem die Frage, ob ihm bekannt sei, daß sich Prinz Max von Baden der Forderung Ludendorffs nach sofortigem Waffenstillstand mit allen Mitteln widerstellt und sich erst dann fügte, als Ludendorff sein Verlangen mit der Katastrophen-Pogge an der Westfront begründete.

Einige kurze Fragen des Verteidigers Dr. Hirschberg lehnte der Zeuge in Feldwebelstexten ab zu beantworten. Begreiflich, denn diese Fragen waren ihm außerordentlich unbekannt, so vor allem die Frage, ob ihm bekannt sei, daß sich Prinz Max von Baden der Forderung Ludendorffs nach sofortigem Waffenstillstand mit allen Mitteln widerstellt und sich erst dann fügte, als Ludendorff sein Verlangen mit der Katastrophen-Pogge an der Westfront begründete.

Risikolehren zurückgetrieben.

Paris, 23. Oktober.

Havasnachrichten aus Tanger besagen, daß an der Westfront einige Risikolehren unter Zurücklassung von Verwundeten, Waffen und Munition zurückgetrieben werden.

*

Tetuan von den Risikanten beschossen.

Paris, 23. Oktober.

"Chicago Tribune" erzählt aus Gibraltar, daß die Risikanten Tetuan beschossen sollen. Der Palast des spanischen Oberkommissars sei bereits von mehreren Granaten getroffen worden.

*

Ein faschistischer Überfall in Locarno.

Bern, 23. Oktober.

In der heutigen Bundesversammlung wurde der Locarno-Haftschluß Cagliari-Barde behandelt. Bekanntlich hatte der italienische Kriegsverbummler

und ehemalige Hauptmann Cagliari den Widerstand des Pariser Blattes "Oriente" wegen einer Bemerkung über die faschistische Bewegungsmannschaft des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini gezeigt, ein Zwischenfall, der unglückliches Aufsehen erregt hatte. Der Bundesrat hat beschlossen, Cagliari eine Verwarnung erteilen zu lassen mit der Androhung der Landesverweisung für den Fall einer weiteren Verleumdung der Schweizerischen Gewerkschaft.

*

Zur Lage in China.

Hanau, 23. Oktober.

In einer Konferenz der führenden Militärs wurde Marshall Wupeifu zum Oberbefehlshaber der chinesischen alliierten Streitkräfte gewählt.

*

Peking, 24. Oktober. Das diplomatische Corps hat beschlossen, daß ihm von Wupeifu zugesagte Manifest nicht zu beantworten. Nach einer nichtamtlichen Meldung erhebt das Manifest dagegen Widerspruch, daß der Centralregierung irgendwelche Munitionsabfuhr gewährt werde, und daß die Tarifkonferenz abgehalten werde, solange die gegenwärtige Regierung im Amt sei.

*

Amtlicher Teil.

Minderzuchgesetz.

Am 1. Dezember 1925 treten die den organischen Aufbau der Minderzuchtgemeinschaften betreffenden Bestimmungen des Minderzuchgesetzes vom 10. Juli 1925 in Kraft. Es wird die Aufgabe der Verwaltungsbüroden, der Landwirtschaftskammer, der Gemeinden und der nach diesem Gesetz gebildeten Minderzuchtgemeinschaften sein, sofort an die Durchführung dieser Bestimmungen zu geben. [2 n II W L 2]

Das wird an die Kräfte familiärer Beteiligter, vor allem in der Zeit vom 1. Dezember d. J. bis zum 1. April 1926, an welchem Tage die übrigen Bestimmungen des genannten Gesetzes in Kraft treten, erhebliche Anforderungen stellen. Da mit dieser Aufgabe betrautten Personen werden sich mit dem Inhalte des Gesetzes und der demnächst hierzu erscheinenden Ausführungsverordnung zunächst ungewöhnlich vertraut machen müssen. Das bietet erfahrungsgemäß an der Hand nur das Gesetzbuch einige Schwierigkeiten. Das Wirtschaftsministerium begrüßt es doch sehr im Interesse einer möglichst schenken und reibungslosen Durchführung des Gesetzes, daß in der ersten Hälfte des Monats November ein Kommentar zum neuen Minderzuchgesetz und zur Ausführungsverordnung aus der Feder des hierfür zuständigen Referenten, Oberregierungsrat von Gehe, erscheint. Der Ladenpreis dieses Buches wird 4,80 RM. betragen. Bei Sammelleistungen, die der Verlagsbuchhandlung durch das Wirtschaftsministerium zugehen, wird ein Sonderpreis von 4 RM. für das Stück berechnet werden. Das Wirtschaftsministerium ist bereit, Sammelleistungen, die ihm bis zum 20. November d. J. durch die unteren Verwaltungsbüroden zugehen werden, an die Verlagsbuchhandlung weiterzuleiten. 4231

Dresden, am 23. Oktober 1925.

Wirtschaftsministerium.

Mit Ende dieses Jahres scheiden nach Ablauf ihrer Wahlzeit das bisherige außerordentliche Mitglied der III. Abteilung des Landesgegenstandsamt Apotheker Julius Vongardt in Dresden und sein Stellvertreter Apotheker Hans Loh in Dresden aus ihren Ämtern aus.

Es macht sich demnach eine Neuwahl, die für die Jahre 1926–1930 zu gelten hat, erforderlich.

Die Mitglieder des pharmazeutischen Kreisvereins im Regierungsbezirk Dresden werden unter Hinweis auf die Vorschriften in §§ 5–9 der Verordnung, die pharmazeutischen Kreisvereine und die Wahl von außerordentlichen pharmazeutischen Mitgliedern des Landesmedizinal-Kollegiums betreffend, vom 15. August 1904 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 380) und in Punkt 1 der Verordnung über die Wahlen zum Landesgegenstandsamt vom 21. Mai 1912 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 274) aufgefordert, sich an dieser Wahl zu beteiligen und ihre Stimmzettel spätestens bis

Freitag, den 13. November 1925

vormittags 11 Uhr,

dem für die Auszählung der Stimmen und Feststellung des Wahlergebnisses bestimmten Zeitpunkt, an die Kreishauptmannschaft Dresden, Friedensgasse 6, verschlossen entweder portofrei einzubringen oder persönlich daßelbst abzugeben. Alle erst nach Ablauf dieses Termines eingehenden Stimmzettel bleiben unberücksichtigt und werden vernichtet.

Die Stimmzettel sind von den Abstimmenden eigenhändig zu schreiben und entweder mit Vor- und Zusammensetzung unterschreiben oder auf der Rückseite mit der Angabe: „Wahlzettel des N. N.“ zu versehen.

Herner ist auf dem Stimmzettel genau anzugeben, wer als Mitglied und wer als Stellvertreter gewählt werden soll. VII 398. 4230

Dresden, den 23. Oktober 1925.

Der mit der Wahl beauftragte medizinische Rat der Kreishauptmannschaft.

Dr. Hofmann.

Zusammensetzung des Kreisausschusses.

Die Kreishauptmannschaft macht zufolge § 20 Soh 2 der Ausführungsverordnung vom 12. 7. 1919 (G. u. W. S. 149) folgendes bekannt: Der Kreis ausführlich besteht aus folgenden 14 Abgeordneten:

1. Amtschaffmann Bischöfner-Plauen, St.: Rittergutsbesitzer Kasen-Oberweißbach,
2. Bürgermeister Grieshammer-Tallenstein, St.: Bürgermeister Geipel-Elefeld,
3. Bürgermeister Hesse-Ebenholz, St.: Bürgermeister Dr. Richter-Reußhütte,
4. Schriftleiter Krafft-Zwickau, St.: Reichsanwalt Dr. Heißig-Zwickau,
5. Oberbürgermeister Lehmann-Plauen, St.: Bürgermeister Dr. Schlotte-Plauen,
6. Hilfsarbeiter Kurt Müller-Wanz, St.: Geschäftsinhaber Bruno Schürer-Plauen,
7. Oberamtsrichter Dr. Otto-Plauen, St.: Oskar Wolf in Plauen, Scholzstr. 4,
8. Oberbürgermeister Dr. Pölster-Reichenbach, St.: Bürgermeister Hofmann-Aue,
9. Lehrer Schilling-Schneeberg, St.: Bürgermeister Hedgenhäuser-Bermgrün,
10. Fabrikdirektor Willy Schröder-Riedberg, St.: Fabrikbesitzer Max Walther-Friedrichsgrün.

11. Bürgermeister Dr. Uhlig-Döhlitz, St.: Bürgermeister Heldner-Bad Elster,
12. Kassierer Bernhard Weithaus-Reichenbach, St.: Wirtschaftsdirektor Leonhard Gießel-Trümmlitz,
13. Mittergutsbesitzer Wolf-Schweinsburg, St.: Dampfjägermeister Zimmer-Langenheien,
14. Bürgermeister Dr. Zimmermann-Mingenzthal-Treuen. [K 8/25] 4210

Kreishauptmannschaft Zwickau.

Die Lieferung von etwa 1500 qm Kleinpflastersteine 1. Sorte soll unter den Bedingungen der staatlichen Straßenbauverwaltung gegen Betriebspreis für 1 qm vergeben werden. Die Preise vertheilen sich frei Bahnwagen bei Versand durch Eisenbahn, sonst frei Bruch. Die Steine werden grundsätzlich nach Quadratmetern im jetzigen Platze gemessen. Die Einförderung von Probekosten bleibt vorbehalten. Lieferfrist für 1000 qm bis 31. März 1926, für 500 qm bis 15. Mai 1926. Verchloßene, mit der Aufschrift „Kleinpflastervergabe“ versehene Angebote sind bis 10. November 1925 vorm. 11 Uhr, an den Gerichtsstelle, Lothringer Str. 1, I., Saal 118, im Bege der Zwangsvollstreckung versteigert worden. 4211

Staatl. Straßen- und Wasser-Bauamt.

Die Lieferung von Kleinpflastersteinen 1. Sorte sollen zu Lieferungen frei der angegebenen Verwendungs- bzw. Lagerstellen unter den Bedingungen der staatlichen Straßenbauverwaltung sofort vergeben werden:

1. 2800 qm frei Straße Chemnitz-Hohenstein-Ernstthal, km 4,7 bis 5,26 in Wittenbrand;
2. 1140 qm frei Straße Überlungswitz-Mittweida, km 1,7 bis 1,9 in Wittenbrand;
3. 1750 qm frei Straße Siegmar-Vinzenbach, km 1,9 bis 2,25 in Rabenstein;
4. 770 qm frei Reichenhainer Straße, km 76,015 bis 76,155 im Staatsforstrevier Einsiedel;
5. 4758 qm frei Reichenhainer Straße, km 81,049 bis 81,914 in Röppisch;
6. 3192 qm frei Straße Chemnitz-Gitterlein, km 16,9 bis 17,46 in Stollberg;
7. 2090 qm frei Straße Riederdorf-Ölitz, km 7,6 bis 7,98 in Ölitz i. Vogtl.

Angebote sind bis 5. November 1925, vorm. 10 Uhr, der Zeitpunkt der Eröffnung, verschlossen und mit der Aufschrift „Kleinpflastersteinerbung“ eingetragen und müssen enthalten: 1. Einheitspreis für 1 qm. 2. Art und Hundert des Geisteins und die Versandstation. 3. Lieferbare Menge bis 31. März und bis 15. Mai 1926. Bei Angeboten von Geisteinkarten, die für das Bauamt seit 1924 nicht geliefert worden sind, ist jedem Angebot ein Probekost mit Bezeichnung der Geisteinkarte, Hundert, Verbandsstation und Firma beizufügen. 4. der Steinmengen müssen bis 31. März 1926 angeliefert sein und der Rest bis 15. Mai 1926. Auf Ansuchen werden vom Bauamt oder von den Amtsstrassenmeistern geeignete Kaufunternehmer unverbindlich benannt. Zuschlagsfrist bis 26. November 1925. Bis dahin nicht beantragte Angebote gelten als abgelehnt. Die Ablehnung alter Angebote bleibt vorbehalten. Die Bedingungen für die Auslieferung können gegen Erstattung von 10 RM. und der Postgebühren vom Bauamt bezogen werden. 4202

10. Die Angebote sind bis 5. November 1925, vorm. 10 Uhr, der Zeitpunkt der Eröffnung, verschlossen und mit der Aufschrift „Kleinpflastersteinerbung“

eingetragen und müssen enthalten: 1. Einheitspreis für 1 qm. 2. Art und Hundert des Geisteins und die Versandstation. 3. Lieferbare Menge bis 31. März und bis 15. Mai 1926. Bei Angeboten von Geisteinkarten, die für das Bauamt seit 1924 nicht geliefert worden sind, ist jedem Angebot ein Probekost mit Bezeichnung der Geisteinkarte, Hundert, Verbandsstation und Firma beizufügen. 4. der Steinmengen müssen bis 31. März 1926 angeliefert sein und der Rest bis 15. Mai 1926. Auf Ansuchen werden vom Bauamt oder von den Amtsstrassenmeistern geeignete Kaufunternehmer unverbindlich benannt. Zuschlagsfrist bis 26. November 1925. Bis dahin nicht beantragte Angebote gelten als abgelehnt. Die Ablehnung alter Angebote bleibt vorbehalten. Die Bedingungen für die Auslieferung können gegen Erstattung von 10 RM. und der Postgebühren vom Bauamt bezogen werden. 4203

11. Die Angebote sind bis 5. November 1925, vorm. 10 Uhr, der Zeitpunkt der Eröffnung, verschlossen und mit der Aufschrift „Kleinpflastersteinerbung“

eingetragen und müssen enthalten: 1. Einheitspreis für 1 qm. 2. Art und Hundert des Geisteins und die Versandstation. 3. Lieferbare Menge bis 31. März und bis 15. Mai 1926. Bei Angeboten von Geisteinkarten, die für das Bauamt seit 1924 nicht geliefert worden sind, ist jedem Angebot ein Probekost mit Bezeichnung der Geisteinkarte, Hundert, Verbandsstation und Firma beizufügen. 4. der Steinmengen müssen bis 31. März 1926 angeliefert sein und der Rest bis 15. Mai 1926. Auf Ansuchen werden vom Bauamt oder von den Amtsstrassenmeistern geeignete Kaufunternehmer unverbindlich benannt. Zuschlagsfrist bis 26. November 1925. Bis dahin nicht beantragte Angebote gelten als abgelehnt. Die Ablehnung alter Angebote bleibt vorbehalten. Die Bedingungen für die Auslieferung können gegen Erstattung von 10 RM. und der Postgebühren vom Bauamt bezogen werden. 4204

Auf Blatt 33 des hiesigen Genossenschaftsregister ist heute die Eigentumschaft Borna Verkehrs eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Borna und folgendes eingetragen worden: Die Zahlung vom 5. Mai 1925 befindet sich in Urkiste Bl. 2 f. der Registerstelle. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4212

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4213

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4214

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4215

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4216

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4217

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4218

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4219

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4220

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4221

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4222

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4223

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4224

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4225

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4226

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf Blatt 1, 2, 5, 117, 129, 130, 141, 176, 189, auf den Namen des Habanten und Gutsherrn Clemens Reumann in Helbigsdorf eingetragenen Grundfläche, ist der Betrieb einer Eisenerzeugungsanlage auf gemeinsame Rechnung und Gefahr. 4227

Borna, 19. Okt. 1925. Das Amtsgericht.

In dem Verfahren, betreffend die Zwangsvollstreckung der im Grundbuche für Helbigsdorf

Der leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 17. November 1925 anzeigen.

Amtsgericht zu Schwarzenberg.

Über das Vermögen des Schuhwarenhändlers **Max Möbius** in Schwarzenberg-Reinweil wird heute, am 22. Oktober 1925, nachmittags 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Lokalrichter Otto Uhlig in Schwarzenberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 30. November 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Beurteilung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Befreiung eines Gläubigerausschusses und eintrittensfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 17. November 1925, nachmittags 3 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 15. Dezember 1925, nachmittags 3 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte anzutreten.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschaftsbüro zu verabsolven oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus-

der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 20. November 1925 Anzeige zu machen.

Amtsgericht Schwarzenberg,

den 22. Oktober 1925.

In das heisige Handelsregister ist eingetragen worden:

a) am 20. Oktober 1925 auf Blatt 131, bez. die Firma **Lohs & Schabert** in Dittersdorf: Der Strumpffabrikant Theodor Walther Lohs in Dittersdorf ist ausgeschieden. Die Strumpffabrikantenfamilie **Maria Johanna Lohs**, geb. Haase in Dittersdorf ist in die Gesellschaft eingetreten;

b) am 21. Oktober 1925 auf Blatt 306, bez. die Firma **Alhorn Export-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** in Bischopau in Liquidation in Bischopau: Die Eintragung a) des Fabrikbevollmächtigten Jürgen Stolte Rademacher in Bischopau, b) des Kaufmanns Jens Peter Lillejöe in Holte bei Kopenhagen als Geschäftsführer wird auf Anordnung des Amtsgerichts Bischopau vom 19. Oktober 1925 infolge Nichtzeitlichkeit der Gesellschaft auf Grund von § 16 der Verordnung über Goldbilanzen gelöscht. Zu Liquidatoren sind bestellt: a) der Fabrikbevollmächtigte Jürgen Stolte Rademacher in Bischopau, b) des Kaufmanns Jens Peter Lillejöe in Holte bei Kopenhagen. Jeder der beiden Liquidatoren ist allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt.

Amtsgericht Bischopau.

wieder auf die Gemeinden übertragen soll, an Bedeutung zurück. Eine Übertragung der Steuerverwaltung auf die Gemeinden wird bei dem gegenwärtigen Stand der Finanzämter allerdings nicht ohne Bedenken sein. (Beschlossener Weißfall.)

Damit schloß um 2 Uhr nachmittags die erste Sitzung.

Dresden.

* Der Auf Dresden in der Auslandsprese. Wie und vom südlichen Verleihamt mitgeteilt wird, ist höchstlich in der sehr angesehenen und außergewöhnlich verbreiteten amerikanischen Sport- und Gesellschaftszeitung "The Spur" ein größter Artikel erschienen, der die Reiseerfahrungen von Amerikanern im Auslande behandelt. Im Zusammenhang mit Bayreuth und München wird hier besonders auf Dresden als Münzstadt hingewiesen. Neben hervorragenden Orchestern findet der Auf dieser Städte auch durch die Namen bekannter Sänger gewährt. Des Weiteren wird in dem oben angeführten Artikel von einigen Hotels in Deutschland gesprochen, die internationale Ruf besitzen. Unter ihnen wird für Dresden besonders das Hotel Bellevue genannt und gleichzeitig eine Liste bekannter Amerikaner veröffentlicht, die im vergangenen Sommer dort gewohnt haben.

* Kraftpostfahrgelegenheit. Morgen, Sonntag, fährt ein luxuriöser Kraftomnibus 8.30 Uhr vormitags von Theaterplatz (Platzfest des Dörfchen) über Radeberg nach Pulsnitz. Rückfahrt am Montag 8 Uhr vormitags ab Pulsnitz, 8.30 Uhr über Radeberg Rathaus, Halbpunkt Dresden-Pulsnitz oder umgekehrt 1.50 RM, Dresden-Radeberg oder umgekehrt 1 RM. Ankunft und Vorstellung Hauptpostamt Dresden-N, Briefausgabe Schalter 5, Tel. 12052 und dem Postamt in Pulsnitz (Sachsen).

* Die zweite Dresdner Städtebauwoche findet ihren Abschluß mit einem Vortrag von Prof. Dr. Genzmer, der die Gruppenwasserversorgung im Hinblick auf das Siebungsweisen behandelt. Nachdem der Redner die Notwendigkeit der Gruppenwasserwerke betont hat, durch die der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert werde, erläuterte er an Hand von Bildern eingehend die systematische Gruppenwasserversorgung im Westen des Reiches, die sich glänzend bewährt habe. Eine Gruppenwasserversorgung großer Städte sei die Anlage in Apulien; auch Amerika besitzt derartige Anlagen, von denen besonders die in Los Angeles in Kalifornien erwähnt werden müssen, deren Zeitung etwa der Entfernung zwischen den Alpen und Dresden gleichkommt. Bei der Wasserversorgung der Frage, wie es in Sachsen mit der Wasserversorgung stehe, zog der Redner auch die Schilder des verstorbenen Volkswirtschaftlers Fischer: "Die Sozialisierung der Wasserwirtschaft in Sachsen" heran und betonte, daß bei uns auf diesem Gebiete noch viel zu tun sei. In Sachsen gebe es noch 2400 Dresdner ohne öffentliche Wasserversorgung. Durch die Wahrung der Frage der Gruppenwasserversorgung würden ganz außerordentliche Vorteile für das gesamte Siebungsweisen erzielt. Nach Schluss der Aussprache dankte Prof. Riedmann vor allem Geheimrat Prof. Dr. Genzmer für das Fachwissen der Landeskunnen der Städtebauwoche und schloß dann die Tagung, die wertvolle Auseinandersetzungen brachte.

* Studienförlung des Deutschen Volkes bei der Wirtschaftsakademie der Deutschen Studentenschaft nimmt neue Freizeit von Abiturienten, die im Sommersemester 1924 erstmals ihr Studium beginnen wollen, entgegen. In Frage kommen nur Bewerbungen von wissenschaftlich ausnahmsweise tüchtigen und begabten, menschlich wertvollen Abiturienten aller Stände, denen die Mittel zum Studium fehlen. Einreichung der Beweise kann lediglich erfolgen durch die Schulleiterungen der höheren Lehranstalten; Geschäftseinladung auf anderem Wege ist zwecklos. Sämtliche Bewerbungen müssen spätestens am 20. Dezember in Dresden vorliegen. Frühere Einwendung ist im Interesse eines geordneten Geschäftsganges dringend erwünscht. Später einlaufende Beweise können unter keinen Umständen Berücksichtigung finden und werden wieder zurückgeworfen. Die Entscheidung über die Beweise erfolgt voraussichtlich Mitte März 1925. Alle näheren Einzelheiten erholen auf Aussprache die höheren Lehramtshäuser von der "Studienförlung des Deutschen Volkes" bei der Wirtschaftsakademie der Deutschen Studentenschaft e. V., Dresden-K, 24, Kaiserstraße 2, die Vorbrüste für die Beweise auf Anforderung überreicht.

* Dr. Scherer, der Vater des Fliegerjägers in Braunschweig ist, trifft morgen, Sonntag, in Dresden (Reinhard Bahnhof) ein und wird sich dort an sofort zum Vortrag begeben. Da die Ankunft des Auges erst kurz vor 1/21 Uhr erfolgt, müsse der Vortrag selbst um eine halbe Stunde versetzt werden. Der Vortrag selbst wird um 1/11 Uhr geführt, Beginn der Veranstaltung 1/12 Uhr. Nach dem Vortrag im Zirkus findet ein Empfang der Dresdner Vereine im Hotel Bellevue statt. An diesen schließt sich ein Frühstück im engeren Kreis seiner Freunde an. Am Montag beginnen in Dresden die Verhandlungen wegen Bildung eines Landesausschusses Sachsen unter Führung des Oberbürgermeisters Bläher. An diesen Verhandlungen wird Dr. Scherer teilnehmen.

* Der Finanzausgleich nach dem 1. April 1927 geschieht soll. Nach § 8 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes vom 10. August 1925 sollen die Länder und Gemeinden durch ein besonderes Reichsgesetz von diesem Tage ab das selbständige Zusammenschluß wieder erhalten, wobei allerdings eine ganze Reihe von Unterlagen, insbesondere über das Veranlagungsergebnis des Jahres 1925 und über die Einnahmen der Länder und Gemeinden im Jahre 1925 und im ersten Halbjahr 1926 beigebracht werden sollen; vor allem aber soll eine scharfe Scheidung der Aufgaben zwischen Reich, Land und Gemeinden.

nach § 42 der dritten Steueroberverordnung erfolgen. Hier wünscht der Gemeindetag, daß diese Unterlagen mit möglichster Beschleunigung im Einvernehmen mit den Spitzenorganisationen der Gemeinden beschafft werden, und daß dabei die Lohnsätze nicht wieder befeistigt, sondern in das Haushaltssystem mit verarbeitet wird. Die damit denkbaren technischen Schwierigkeiten sind nicht zu verkennen, sie sind aber nicht unüberwindbar. Einem Weg hat Sachsen bereits bei der Einführung der Arbeitsverordnung gegangen.

Gegenüber diesen Hauptfragen treten die anderen Fragen, ob man das System der Besteuerung oder der Nachveranlagung einführen soll und ob man die Steuerverzerrung von den Finanzämtern wieder auf die Gemeinden übertragen soll, an Bedeutung zurück. Eine Übertragung der Steuerverwaltung auf die Gemeinden wird bei dem gegenwärtigen Stand der Finanzämter allerdings nicht ohne Bedenken sein. (Beschlossener Weißfall.) Damit schloß um 2 Uhr nachmittags die erste Sitzung.

Seite im Frohsinn stillschen Empfindens sein, das müsse das Jugendamt alles fördern, was der Gewinnung von Lustsuchstätten zuvorliegender vorhergehender Unterbringung gefährdeten Jugend führen kann. Das Wort auf einer Sonnenhütte in Locarno "Ohne Sonne bin ich nichts!" galt auch für die Jugendsfürsorgearbeit. — Anschließend sprach dann noch der Vater der Hauptstelle für Berufsbildung Dr. Hardt über die Erziehung zur Arbeitslust und Berufsbereidigkeit. Seine Ausführungen glichen in der Fortsetzung, daß möglichst jeder Mensch der Arbeit ausgeführt werde, zu der er geistige und körperliche Befähigung hat.

* Der Verband Deutscher Bellmanfachleute, Drittklasse Dresden, hielt seine Generalversammlung ab. Der Vorstand Leibl konnte über ein erfolgreich abgeschlossenes Geschäftsjahr berichten. An Stelle des bisherigen ersten Schriftführers Voelkel wurde Kurt Lorenz in den Vorstand gewählt. Die Geschäftsführerin und amtsliche Kellnerberatungsklasse befindet sich nach wie vor Bürgerwiese 13, Gartengebäude.

* Filmkino. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß der mit so außergewöhnlichem Erfolg hier in Dresden gezeigte Film "Die weiße Kunst" möchten Mönig, d. 26. Oktober und Dienstag, d. 27. Oktober, je zweimal (nachmittags 5 Uhr und abends 8 Uhr) im Konzertsaal des Städtischen Ausstellungspalastes, Eingang Pennestraße, vorgeführt wird. Er bietet dem Schauspieler die Möglichkeit, den Stil seiner Technik zu verbessern und gewährt dem Naturfreund eine Schönheit, denn der zweite Teil dieses Films zeigt die drei Meistersänger Hanne Schneider, Schröder und Werner auf einer Wanderschaft mit Schauspielen zum Opfer des Ronne Roja. Da dieser Film in Kinosälen nicht gezeigt werden wird, sollte niemand verzögern, ihn zu anzukaufen. Der Eintritt erfolgt bereits eine Stunde vor Beginn der Vorstellungen.

* Verein der staatlichen Finanzbeamten. Mitgliederversammlung: Donnerstag, den 5. November 1925 abends in der Bärenschänke (Altberzirksrathaus), 10 Minuten vor 11 Uhr.

* Das Fest der Operette. Beinhaltet sich die große Veranstaltung der Solomitglieder des Residenztheaters. Das Fest findet am Sonnabend, dem 28. November, in den Räumen des Ausstellungspalastes statt. Der Feierabend liegt der Ferienunterhaltungslasse der Solisten des Residenztheaters zu. Der Vorverkauf beginnt in den nächsten Tagen.

* "Flora", Sächsische Gesellschaft für Botanik und Gartenbau. In der Monatsversammlung am 21. d. W. hielt Gartenbauinspektor Knieß, Hochlehrer an der Höheren Staatslehranstalt für Gartenbau in Pillnitz, einen Vortragsbericht über die Vermehrung der Ableitung Gartenschaus zum Beispiel nach Prag, Wien und Linz. Er schrieb an Hans zahlreicher Bildhauer die besuchten Schöpfungen neuer und alter Gartenkunst, vor allem den berühmten Park des Grafen Silvius-Tarouca in Prag, der ein Werkwerk neuer Gartenschaus ist und in dem nicht nur selte und durch Form und Farbe besonders auffallende Gehölze, sondern auch neuzeitige Blumenarten, z. B. Azaleen, Iris u. a. angepflanzt sind. Der Redner berichtete weiter über die flächenhaften Gärten in Wien und Umgebung, besonders Paul Schönbrunn, den Schwarzenberg- und Velodore-Garten. Den Schluß bildete die Beschreibung der landschaftlich herrlichen Donauhöhe von Wien nach Linz. Es sei zu wünschen, so schloß der Redner, diese lebhafte Räthe zu wiederholen, möchten sich auch im Bahnhof Freunde und Söhne der Antike finden, eine solche Freiheit zu ermöglichen. Städtegarteninspektor Schütz hat berichtet über die Rosenblumenkunst der "Flora" vom 18. bis 20. September im Altenmarkt Dörfchen. Rosenhäuser Türk. Weinen behandelte die wertvollen verschiedenartigen Sorten, die sowohl auf der Florenschau, als auch auf den Rosenausstellungen in Mainz und Atono in diesem Jahre gezeigt werden. In der Aussprache wies Obergartendirektor A. D. Hoffrat Boenigk auf die starken Beschädigungen der Rosenpflanzen in Dresden-Prälaten durch die Kojenläuse hin und empfahl, zur Bekämpfung dieses Schädlings die jungen Rosentriebe, an denen der Punkt sichtbar ist, abzuschneiden und zu verbrennen.

* Dr. Paul Scherzer. Wünsch, 5 Uhr, Künstlerhaus. Der Künstler im Künstler oder Künstler als Künstler. Der Künstler und seine Freunde und Söhne der Antike.

Aus Sachsen. Die neuen Beiträge in der Invalidenversicherung.

Seit dem 28. September 1925 sind für die rechtsgerichtliche Invalidenversicherung folgende Beiträge zu entrichten:

Lohnklasse	Wochenverdienst	Beitrag
1	bis 6 RM.	25 RM.
2	über 6 RM. - 12	50
3	- 12 - 18	70
4	- 18 - 24	100
5	- 24 - 30	120
6	- 30 -	140

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nicht nur die Höhe der einzelnen Beiträge geändert und eine neue Lohnklasse 6 hinzugekommen ist, sondern daß vor allem die einzelnen Lohnklassen eine andere Begrenzung erfahren haben. Diese Änderung wirkt sich dahin aus, daß für den größten Teil der Versicherten jetzt Beitragsmaßen der nächsthöheren Klasse, als es bisher der Fall war, zu entrichten sind (so blieben z. B. für Dienstboten im Bahnhof in seinem Falle mehr Monaten der Lohnklasse 1 vorwärts). Jeder Arbeitgeber darf deshalb genau zu prüfen, ob für die bei ihm tätigen Versicherten nicht Monaten der höheren Lohnklassen gelebt werden müssen.

Die freiwillige Versicherer (auch Selbstversicherer) haben besonders darauf zu achten, daß nach den neuen gesetzlichen Verhältnissen seit dem 1. August 1925 nicht mehr Monaten der niedrigeren Lohnklasse 1 gefordert werden dürfen. Sie haben vielmehr die Beiträge in der ihrem jetzigen Verdienst entspannenden Lohnklasse (siehe oben) zu entrichten, mindestens aber in Lohnklasse 3, wenn die Verdienst nicht in höherer Lohnklasse liegt.

sorbieren, während die volksparteiliche Fraktion beantragte, sich dem in Hirschburg am 9. Oktober d. J. geäussten Beschlus des Deutschen Städtebundes zum Reichsfinanzausgleich anzuschließen, um dadurch einen gemeinsamen Vorschlag sämlicher deutscher Städte einzufordern.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, da diese Punkte einen wesentlichen Teil des Reichsfinanzausgleichs bilden und bei der Aussprache über denselben mit erörtert werden konnten, was dann auch in der einleitenden längeren Debatte auftrat.

Vorstand des Vorstandes der Kommunistischen Partei sprach, wünschte u. a. die Einsetzung weiterer Ausschüsse, insbesondere für das Schulwesen und das Wohnungswesen, ferner eine Neuregelung des Delegationsmodus in den Vorstand und zum Gemeindetag nach dem Verhältniswahlsystem, und brachte einige Wünsche im Interesse der Gemeinden in städtischer Beurteilung vor. Stadtrat Schrapel-Dresden, der namens der S. P. D. sprach, wünschte u. a. die Einsetzung weiterer Ausschüsse, insbesondere für das Schulwesen und das Wohnungswesen, ferner eine Neuregelung des Delegationsmodus in den Vorstand und zum Gemeindetag nach dem Verhältniswahlsystem, und brachte einige Wünsche im Interesse der Gemeinden in städtischer Beurteilung vor. Stadtrat Schrapel-Dresden, der namens der S. P. D. sprach, wünschte u. a. die Einsetzung weiterer Ausschüsse, insbesondere für das Schulwesen und das Wohnungswesen, ferner eine Neuregelung des Delegationsmodus in den Vorstand und zum Gemeindetag nach dem Verhältniswahlsystem, und brachte einige Wünsche im Interesse der Gemeinden in städtischer Beurteilung vor.

Dann referierte Geschäftsführer Dr. Naumann über den Hauptpunkt der Tagung,

die Stellungnahme der Gemeinden zum sächsischen Finanzausgleich,

der ja die Grundlage für die geplante gegenwärtige und zukünftige Finanzpolitik der Gemeinden bildet. Er wies nach, daß sich die Mehrheit der Gemeinden in einer sehr ungünstigen Lage befindet.

Die Kosten der Gemeinden sind gegenüber der Vorriegszeit ganz außergewöhnlich gewachsen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, betrugen die Gemeinden im Jahre 1913 86,19 M., 1925 134,61 M. Das ist eine Steigerung gegenüber 1913 um 56,2 Proz. Die Wohnungsstädte leisteten, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, im Jahre 1913 5,36 M., 1925 schätzungsweise 27,55 M. Das ist eine Steigerung gegenüber 1913 um 415,8 Proz. Rechnet man von der Steigerung der Wohnungsstädte ab, so sieht man, daß im übrigen die Gemeinden in durchaus mäßiger Weise ihre Werte erhöht haben, wie sie erk auch in einem Friedenszeitraum von 12 Jahren, der zwischen 1913 und 1925 liegt, eingesetzt und wahrscheinlich noch höher gewesen wäre. So aber haben die Gemeinden tatsächlich ihre

